

# C Textliche Festsetzungen

# Art und Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

## Allgemeine Wohngebiete (§ 4 BauNVO) Wohngebäude,

Betriebe des Beherbergungsgewerbes,

sonstige nicht störende Gewerbebetriebe

die der Versorgung des Gebiets dienende Läden, Schank- und Speisewirtschaften sowie nicht störende Handwerksbetriebe, Anlagen für kulturelle, soziale, gesundheitliche und sportliche Zwecke.

Einzelhandelsbetriebe, Schank- und Speisewirtschaften sowie Betriebe des

Anlagen für Verwaltungen sowie kulturelle, soziale, gesundheitliche und

Ausnahmsweise zulässig sind: Das Wohnen nicht störende Bürogebäude.

Nicht zulässig, auch als Ausnahme sind:

Gartenbaubetriebe,

Tankstellen.

Mischgebiete (§ 6 BauNVO)

Wohngebäude,

Zulässig sind:

Anlagen für Verwaltungen,

Anlagen für kirchliche Zwecke.

Geschäfts- und Bürogebäude

Beherbergungsgewerbes,

sonstige Gewerbebetriebe,

sportliche Zwecke.

Nicht zulässig, auch als Ausnahme, sind

Gartenbaubetriebe.

Vergnügungsstätten,

Bordelle und bordellartige Betriebe,

Zahl der Vollgeschosse, Grundflächenzahl, Geschossflächenzahl

Die Zahl der Vollgeschosse ist als Höchstgrenze oder als Mindest- bist Höchstgrenze

(weiterhin s. auch erläuternde Darstellungen zu den Höhenfestsetzungen Pkt. F)

Der untere Bezugspunkt 1 zur Ermittlung der Höhe der baulichen Anlagen ist der

Straßenverkehrsfläche zugeordneten Fassade maßgebend.

Schnittpunkt der Fassadenaußenkante mit der Oberkante der angrenzenden öffentlichen

Bei von öffentlichen Straßen abseitsgelegenen Gebäuden ist der im Plan dem jeweiligen

Baufenster zugeordnete Bezugspunkt 2 in Höhe des vorhandenen Geländes maßgebend.

Die Traufhöhe ist in Form einer maximalen Höchstgrenze vorgegeben. Die Traufhöhe wird

Die Firsthöhe ist in Form einer maximalen Höchstgrenze vorgegeben. Die Firsthöhe wird

Bezugspunkt bis Schnittpunkt mit der Oberkante Dachhaut First- bzw. Hochpunkt

Bei Flachdächern entspricht die zulässige Gebäudehöhe der zulässigen Traufhöhe.

Bezugspunkt bis Schnittpunkt Oberkante Attika oder, fals nicht vorhanden, Hochpunkt

Abgrenzungen unterschiedlicher Geschossigkeiten und Höhen der baulichen

Bauweise, überbaubare und nicht überbaubare Grundstücksflächen sowie die

Innerhalb der verschiedenen Plangebiete sind offene oder abweichende Bauweisen

Innerhalb der mit Abweichende Bauweise 1 kennzeichneten Flächen sind, mit Ausnahme

von Grundstücken mit ausgewiesenen seitlichen Baugrenzen, die Gebäude entlang der öffentlichen Verkehrsfläche im Sinne einer geschlossenen Bebauung als Grenzbebauung

Im rückwärtigen Bereich sind Bebauungen nach den Maßgaben der Baugrenzen (blaue

Darstellung) und oder der Baulinien (rote Darstellung) im vorgegebenen Baufenster

Die offene Bauweise entspricht der Definition nach § 22 Abs. 2 BauNVO.

Von den dargestellten Abgrenzungslinien (X-Linien) unterschiedlicher Geschosszahlen

bzw. Höhen baulicher Anlagen ist ein beidseitiges Abweichen von der Linie bis zu 0,50 m

Die Gebäudehöhe ist in Form einer maximalen Höchstgrenze vorgegeben. Die

Bezugspunkt bis Schnittpunkt der Oberkante Dachhaut mit der Außenwand.

Straßenverkehrsfläche. Bei geneigtem Gelände ist hierbei der tiefste Höhenpunkt der

festgesetzt. Die angegebenen Werte der Grundflächen- und der Geschossflächenzahlen

Anlagen für kirchliche Zwecke.

Tankstellen,

Sexshops,

(§§ 16, 19, 20 und 21 a BauNVO)

Höhe der baulichen Anlagen

Gebäudehöhe bei Flachdächern

Stellung der baulichen Anlagen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

Bauweisen (§22 BauNVO)

Abweichende Bauweise 1

zu den Nachbargrundstücken zu errichten.

Gebäudehöhe wird wie folgt gemessen:

(§§ 16 und 18 BauNVO)

sind jeweils als Höchstgrenze festgesetzt.

Auf den mit Abweichende Bauweise 2 kennzeichneten Grundstücken sind Bebauungen innerhalb der durch die Baugrenzen (blaue Darstellung) und Baulinien (rote Darstellung) vorgegebenen Baufenster zulässig.

Abweichende Bauweise 2

Überbaubare Grundstücksgrenzen (§ 23 BauNVO)

Baugrenzen (blau) und Baulinien (rot) Entlang der Baugrenzen und Baulinien sind Bebauungen entsprechend § 23 Abs. 2 und 3

BauNVO nach folgenden Maßgaben zulässig: Baulinie entlang der Frankfurter Straße und der Mainstraße: Rückspringende Fassaden oder Fassadenabschnitte bis zu maximal 0,50 m hinter der

· Auskragende Balkone, Erker und Vordächer bis zu einer maximalen Tiefe von 1,50 m über die Fassade

Baulinie entlang der Schäfergasse Rückspringende Fassaden oder Fassadenabschnitte bis zu maximal 0,50 m hinter der · Auskragende Bauteile über die Fassade sind mit Ausnahmen von Fensterbänken Fenstergesimsen und Dachüberständen unzulässig

- Auskragende Balkone, Erker und Vordächer bis zu einer maximalen Tiefe von 1,50 m über die Baugrenze

In den öffentlichen Straßenraum auskragende Erker und Balkone: - Die maximale Gesamtbreite der Summe der überkragenden Bauteile beträgt 25 % der Fassadenbreite. Zwischen der Oberkante des öffentlichen Bürgersteiges und der Unterkante des Gebäudevorsprungs (Erker) ist ein Lichtraumprofil von mind. 3,20 m freizuhalten.

Überbaubare Flächen auf den Maindamm (Mainstraße 19) Im Falle einer Neubebauung der auf dem Maindamm befindlichen Gebäude (im Katasterplan mit Mainstraße 19 kennzeichnet) sind die Sicherheitsabstände der vorhandenen Ferngasleitung zu berücksichtigen. Im Rahmen des Baugenehmigungs- oder Bauanzeigeverfahrens sind hierzu Abstimmungen mit dem Leitungsträger vorzunehmen.

Stellung der baulichen Anlagen

Der Hauptfirst der Hauptgebäude ist entsprechend der Darstellung der im Bebauungsplan dargestellten Pfeile auszurichten.

Nebenanlagen, Stellplätze und Garagen (§ 9 Abs.1 Nr. 4 und 22 BauGB)

Stellplätze und Garagen (§12 BauNVO) Oberirdische Garagen und Carports sind nur in den überbaubaren Flächen und in den

speziell gekennzeichneten Flächen zulässig. Oberirdische Stellplätze und Tiefgaragen sind allgemein, auch außerhalb der überbaubaren Flächen zulässig.

Nebenanlagen (§14 BauNVO)

Nebenanlagen sind allgemein, auch außerhalb der überbaubaren Flächen, zulässig.

Mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten belastete Flächen (§ 9 Abs.1 Nr. 21 BauGB)

Sofern zur Erschließung erforderliche Leitungen über Drittgrundstücke verlaufen, sind für diese Leitungsrechte (beschränkt pers. Grunddienstbarkeit zugunsten der Stadt Rüsselsheim bzw. zugunsten der Telekom Deutschland GmbH, Sitz Bonn, bestehend in dem Recht auf Errichtung, Betrieb, Änderung und Unterhaltung von Telekommunikationslinien, verbunden mit einer Nutzungsbeschränkung) im Bebauungsplan in Form linearer Darstellungen festgesetzt.

Geh- und Fahrrechte Mit Geh- und Fahrrecht belastete Fläche (beschränkt pers. Grunddienstbarkeit zugunsten des Anliegers der Schäfergasse 8)

Flächen oder Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und 25 BauGB)

Erhaltung von Bäumen, Umgrenzung von Flächen für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen

Die im Bebauungsplan gekennzeichneten Bäume sind zu erhalten. Abgängige Bäume sind durch standortgerechte, heimische Laubbäume zu ersetzen. Die im Plan dargestellten Bäume sind nicht vermessen. Bei Ersatzpflanzungen können abweichende Standorte bis zu 5 m gewählt werden.

Flächen für die Wasserwirtschaft, den Hochwasserschutz und die Regelungen für des Wasserabflusses (§ 9 Abs. 1 Nr. 16 BauGB)

Das Plangebiet liegt im Einflussbereich des Grundwasserbewirtschaftungsplans Hessisches Ried. Im Einzelnen sind die Vorgaben des Bewirtschaftungsplans, mit Datum 9. August 1999 festgestellt und veröffentlicht im Staatsanzeiger für das Land Hessen "21 /1999 S. 1659" in der Fassung vom 17. Juli 2006, veröffentlicht im Staatsanzeiger 31/ 2006 S. 1704, zu beachten. Im Plangebiet sind hohe Grundwasserstände zu erwarten.

In das Erdreich führende Bauteile (Kellerwände, Lichtschächte, Bodenplatten und Rohrdurchlässe, etc.) sind vor permanent drückendem Wasser, gemäß DIN 18.195 Teil 6 Abschnitt 8, zu schützen (z.B. durch den Einbau von weißen Wannen).

Innerhalb der im festgesetzten Überschwemmungsbereich dargestellten Baufläche sind nur aufgeständerte, das Retentionsvolumen des festgesetzten Überschwemmungsgebietes,

### Hochwasserrisikogebiet Die Flächen südlich des Hochwasserschutzdamms befinden sich ausweislich der

nicht einschränkende, Bebauungen zulässig.

Gefahrenkarte des Hochwassermanagementplans des Regierungspräsidiums Darmstadt (Stand November 2015) in einem potenziellen Überschwemmungsgebiet eines 100-jährigen Hochwasserereignisses indem ein Hochwasser mit einer Höhe bis zu einem Meter auftreten kann. Aus Gründen der Gefahrenabwehr bzw.- minderung sind Wohnräume in Kellergeschossen unzulässig.

# D Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

Besondere Vorschriften über die Gestaltung baulicher Anlagen, Stellplätze und Grundstücksfreiflächen (§ 9 Abs. 4 BauGB und § 91 HBO)

Bei Hauptbaukörpern sind folgende Dachformen und Dachneigungen zulässig: - Sattel-, Krüppelwalm- und Walmdächer mit Dachneigung von 40 - 50° - Mansarddächer mit Dachneigungen: Unterdach 70-85°, Oberdach 25 - 35°

Bei untergeordneten Anbauten sowie Nebenbaukörpern sind zulässig: - geneigte Dächer mit Dachneigungen von 15 bis 50°

In den Allgemeinen Wohngebieten sowie auf den Anwesen Schäfergasse 2, 4 und 11 (Gestaltungsbereich B) gilt:

1.2.1 Dachaufbauten / Dacheinschnitte Die maximale Einzelbreite von Dachgauben beträgt 5,00 m. Sie sind von Ortgängen 1,20 m

Wenn bei Erdarbeiten Bodendenkmäler bekannt werden, so ist dies dem Landesamt für sowie von First und Traufe mindestens 0,50 m (gemessen in der vertikalen Projektion der Ansicht) entfernt anzuordnen. Fenster in Dachgauben sind nur in stehenden Formaten

Dacheinschnitte sind zulässig, wenn sie vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind Sie sind von Ortgängen 1,20 m sowie von First und Traufe mindestens 0,50 m (gemessen in der vertikalen Projektion der Ansicht) entfernt anzuordnen. Die maximale Einzelbreite beträgt 3,00 m.

Die Summe der Einzelbreiten von Dachgauben und / oder Dacheinschnitten darf 60% der Gebäudelänge (gemessen ohne Dachüberstände) nicht überschreiten.

Zwerchhäuser sind nicht zulässig. Ausnahmen können zugelassen werden, wenn der historische Befund des

1.2.2 Fassaden

Fassaden entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind nach dem Gestaltungsprinzip einer

Fassaden mit historischen Sichtfachwerk und Sichtmauerwerk sind zu erhalten. Im Falle,

erforderlicher Abbruchmaßnahmen und Ersatz- bzw. Neubauten sind auch Fassaden mit geputzten Oberflächen zulässig. Putzfassaden sind als Glattputz mit einer feinen Körnung von bis maximal 3 mm herzustellen. Fassadenverkleidungen sind unzulässig.

Fenster- und Türeneinfassungen sowie sonstiger Fassadenstuck sind zu erhalten oder bei Abgang wiederherzustellen.

1.2.3 Antennenanlagen

Im Bebauungsplan ist folgende Festsetzung zu treffen: Antennenanlagen sind nur im baulichen Zusammenhang mit Gebäuden zulässig.

Mastförmige Antennenanlagen sind nur zulässig, wenn der Mastdurchmesser weniger als 5 2006, gekennzeichnet. cm beträgt und die Antennenanlage nicht mehr als 2,0 Meter über den Hochpunkt des Daches hinausragt. Parabolförmige Antennenanlagen sind nur an Dächern und Fassaden zulässig, die nicht vom öffentlichen Straßenraum einsehbar sind. Sie dürfen über den Hochpunkt des Daches nicht hinausragen. Pro Gebäude ist maximal eine

Außenantennenanlage zulässig. Ausnahmen sind zulässig, wenn der Empfang nachweislich nicht anderes gewährleistet werden kann.

1.2.4 Solaranlagen Solarpanele sind bevorzugt auf Dächern, die vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind, anzuordnen. Auf Fassaden entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind sie nicht zulässig.

Panele sind, soweit möglich, symmetrisch auf den Dach- und Fassadenflächen anzuordnen und in ihrer Farbgebung auf den Untergrund abzustimmen. Insbesondere sind starke Blau-Rot-Kontraste zu vermeiden.

1.3 Auf den Anwesen Mainstraße 11, 13, 15 und 17 (Gestaltungsbereich C) gilt:

1.3.1 Dachaufbauten / Dacheinschnitte

Die maximale Einzelbreite von Dachgauben und Zwerchhäusern beträgt 5,00 m. Sie sind von Ortgängen 1,20 m sowie von First und Traufe mindestens 0,50 m (gemessen in der vertikalen Projektion der Ansicht) entfernt anzuordnen. Fenster in Dachgauben und Zwerchhäusern sind nur in stehenden Formaten oder mit vertikalen Gliederungen zulässig.

Dacheinschnitte sind zulässig, wenn sie vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind

Sie sind von Ortgängen 1,20 m sowie von First und Traufe mindestens 0,50 m (gemessen

in der vertikalen Projektion der Ansicht) entfernt anzuordnen. Die maximale Einzelbreite beträgt 3,00 m. Die Summe der Einzelbreiten von Dachgauben, Zwerchhäusern und / oder

Dacheinschnitten darf 60% der Gebäudelänge (gemessen ohne Dachüberstände) nicht überschreiten.

Fassaden entlang öffentlicher Verkehrsflächen sind nach dem Gestaltungsprinzip einer Lochfassade zu gestalten. Fassaden sind ab einer Ansichtsbreite von 9,00 m durch Rücksprünge von mindestens 0,30 m bis höchstes 0,50 m zu gliedern.

2. Vorschriften zu den Einfriedungen

2.1 In den Allgemeinen Wohngebieten sowie auf den Anwesen Schäfergasse 2, 4 und 11 (Gestaltungsbereich B) gilt:

Vorhandene Mauereinfriedungen aus Naturstein sind zu erhalten oder bei Abgang zu ersetzen. Teilabbrüche für notwendige Zugänge, Zufahrten oder Gebäudeerweiterungen können ausnahmsweise zugelassen werden.

Entlang der Grundstücksgrenzen zur Schäfergasse sind zulässig: Mauern aus sichtbaren Bruchsteinmauerwerk

Mauern mit verputzten Oberflächen Mauern aus Sichtbeton

Vertikal gegliederte Metallstabzäune ohne Füllungen mit Sockelmauern in Kombination mit vertikal gegliederte Metallstabzäunen

Die zulässige Höhe der Einfriedungen beträgt 1,80 m bis 2,00 m.

Mülltonnenaufstellflächen entlang von öffentlichen Verkehrsflächen sind nur

Mülltonnen vom öffentlichen Straßenraum nicht einsehbar sind.

Bezüglich des Artenschutzes ist auf das Bundesnaturschutzgesetz zu verweisen. Im

Versiegelungsmaßnahmen) sind mit der unteren Naturschutzbehörde geeignete

Gemäß § 39 Abs. 5 Nr. 2 BNatSchG und aus Artenschutzgründen muss bei der

Freimachung des Baugeländes der Rodungszeitraum für Gehölze zwischen dem 1.

Denkmalpflege Hessen, Abteilung Archäologische Denkmalpflege oder der Unteren

Denkmalschutzbehörde unverzüglich anzuzeigen. Sämtliche Erdeingriffe bedürfen einer

In der gesamten GA (denkmalgeschützten Gesamtanlage) und bei Einzeldenkmälern ist

die Beantragung einer denkmalschutzrechtlichen Genehmigung vor Baubeginn generell

Betrifft das Bauvorhaben ein mit D gekennzeichnetes Gebäude, also ein Kulturdenkmal

und am Inneren der Genehmigung durch die Denkmalschutzbehörde nach § 18

Betrifft das Bauvorhaben ein mit D gekennzeichnetes Gebäude nach § 2 Abs. 1

Hessisches Denkmalschutzgesetz und ist es Teil einer denkmalgeschützten

Denkmalschutzbehörde nach § 18 Hessisches Denkmalschutzgesetz.

nach § 2 Abs. 1 Hessisches Denkmalschutzgesetz, bedürfen alle Maßnahmen am Äußerer

Gesamtanlage, also ein Kulturdenkmal nach § 2 Abs. 3 Hessisches Denkmalschutzgesetz

bedürfen alle Maßnahmen am Äußeren und am Inneren der Genehmigung durch die

Betrifft das Bauvorhaben ein Gebäude, das Teil einer Gesamtanlage ist, also ein

Kulturdenkmal nach § 2 Abs. 3 Hessisches Denkmalschutzgesetz, bedürfen alle

Maßnahmen am Äußeren und ggf. im Inneren, wenn sich diese Maßnahmen aud das

Aufgrund der unmittelbaren Nähe des Geltungsbereiches zur Gesamtanlage und den

Bei allen Baumaßnahmen, die einen Eingriff in den Boden erfordern, ist auf sensorische

Auffälligkeiten zu achten. Werden solche Auffälligkeiten des Untergrundes festgestellt, die

auf das Vorhandensein von schädlichen Bodenveränderungen hinweisen, ist umgehend

41.1) zu informieren. Beim Einbau von Materialien und Stoffen zur Sicherstellung einer

Materialen mit einer schlechteren Qualität als Z1.1 nach LAGA Verwendung finden.

Zum Schutz des Oberbodens ist dieser gemäß DIN 18915, Blatt 3 vor Beginn der

das Regierungspräsidium Darmstadt, Abteilung Arbeitsschutz und Umwelt Darmstadt (Dez.

ausreichenden Tragfähigkeit ist das Verschlechterungsverbot zu beachten. Es dürfen keine

Einzeldenkmälern kann ein Bauvorhaben, das sich in unmittelbarer Nähe des

der Genehmigung durch die Denkmalschutzbehörde nach § 18 Hessisches

äußere Erscheinungsbild auswirken, der Genehmigung durch die Denkmalschutzbehörde

Vorfeld von Baumaßnahmen (insbesondere bei Abbruch-, Rodungs- und

artenschutzrechtliche Untersuchungen und Maßnahmen abzustimmen.

zulässig, wenn diese mit einem festen Sichtschutz umgeben sind, sodass die

2.2.1 Eingangstore Entlang der Grundstücksgrenzen zur Schäfergasse sind zulässig:

Mülltonnenstandorte

E Hinweise und Empfehlungen

Oktober und dem 28. bzw. 29 Februar liegen.

Genehmigung gemäß § 18 HDSchG.

Hessisches Denkmalschutzgesetz.

nach § 18 Hessisches Denkmalschutzgesetz.

Bauarbeiten abzutragen und fachgerecht einzubauen.

Denkmalschutzgesetz bedürfen.

 Tore aus Holz Tore aus Metallrahmen mit Holzfüllungen Vertikal gegliederte Metallstabtore ohne Füllungen

# Sonstige Vorschriften

Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans Gestaltungsbereich A) gilt:

Vorschriften zur Gebäudegestaltung

1.1 Im gesamten Geltungsbereich des Bebauungsplans (Gestaltungsbereich A) gilt:

1.1.1 Dachform und Dachneigung

- Flachdächer, wenn diese als Dachterrasse genutzt oder flächig begrünt werden

oder mit vertikalen Gliederungen zulässig.

Ursprungsgebäudes von der diesbezüglichen Festsetzung abweicht.

Lochfassade zu gestalten. Wandöffnungen für Fenster sind in der Regel in stehenden Formaten auszubilden. Fenster sind vertikal zu gliedern und ggf. mit Oberlichtern auszustatten. Wandöffnungen mit liegenden Formaten sind mit vertikal, symmetrisch gegliederten Fensteranlagen (ggf. mit Oberlichtern) auszustatten. Bei untergeordneten Wandöffnungen und Fenstern (wie z.B. bei Abstellräumen oder WC-Räumen) sind auch andere Formate und Fenstergliederungen zulässig.

Klapp- und Rollläden Klappläden sind zu erhalten oder bei Abgang wiederherzustellen. Auf die Fassade aufgesetzte Rollladenkästen sind unzulässig.

In der Altflächendatei des Landes Hessen ist für das Anwesen Frankfurter Straße 4 eine ehemalige Betriebsnutzung als Fliesen- und Estrichlager, mit Betriebsaufgabe im Jahr

Nach § 78c Abs. 2 Wasserhaushaltsgesetz (WHG) ist die Errichtung neuer Heizölverbraucheranlagen verboten, wenn andere weniger wassergefährdende Energieträger zu wirtschaftlich vertretbaren Kosten zur Verfügung stehen oder die Anlage nicht hochwassersicher errichtet werden kann. Gemäß § 78 c Abs. 3 WHG sind bis zum 5 Januar 2033 Heizölverbraucheranlagen nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik hochwassersicher nachzurüsten, soweit dies wirtschaftlich vertretbar ist. Sofern entsprechende Heizölverbraucheranlagen vor diesen Zeitpunkt wesentlich geändert

Bezüglich weiterer möglicher Maßnahmen zur Gefahrenabwehr bzw.- minderung wird auf das "Merkblatt M 553" der Deutsche Vereinigung für Wasserwirtschaft, Abwasser und Abfall (DWA) und die "Hochwasserschutzfibel Objektschutz und bauliche Vorsorge" des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

werden, sind diese bereits zum Änderungszeitpunkt hochwassersicher nachzurüsten.

BauGB am **23.11.2017**. Betriebsanlagen der Stadtwerke Rüsselsheim Die Betriebsanlagen der Wasserversorgung und Energieversorgung Rüsselheim GmbH dürfen grundsätzlich nicht überbaut oder mit Bäumen und Sträuchern be-pflanzt werden. Die Ablagerung von Schüttgütern, Baumaterialien etc. ist unter-sagt. Dies Verbote gelten für Wasser- und Gasleitungen innerhalb eines Schutz-streifens von 4 m Breite sowie für Stromkabel, Straßenbeleuchtungskabel und Breitband innerhalb eines Schutzstreifens von 3 m Breite. Alle Betriebsanlagen im Eigentum der Wasserversorgung Rüsselheim GmbH

die Be-triebsanlagen vornehmen oder vornehmen lassen.

In allen Straßen und Gehwegen sind geeignete und ausreichende Trassen mit einer Leitungszone in einer Breite von 0,30 m für die Unterbringung von Telkommunikationslinie vorzusehen. Hinsichtlich geplanter Baumpflanzungen ist das "Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Entsorgungsanlagen" der Forschungsgesellschaft für Straßen- und Verkehrswesen, Ausgabe 1989 zu beachten.

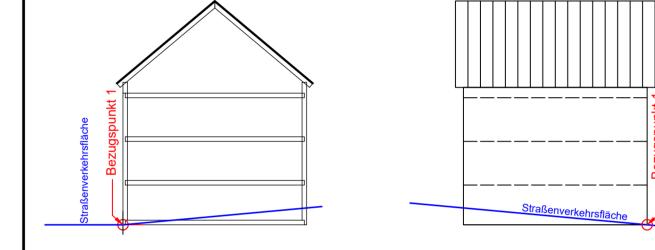
der Energieversorgung Rüsselheim GmbH werden ausschließlich durch die

Wasserversorgung bzw. Energieversorgung Rüsselheim GmbH erneuert, geändert,

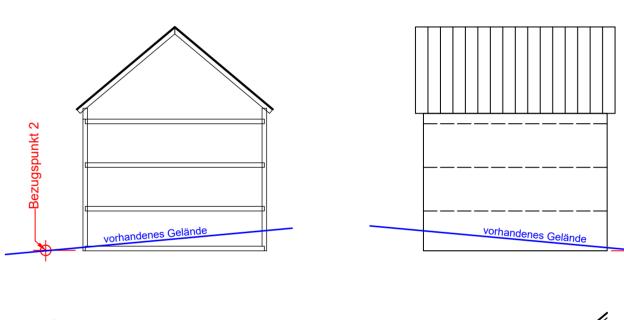
getrennt oder besei-tigt. Haus und- Grundstückseigentümer dürfen keine Einwirkungen au

F Darstellungen zu den Höhenfestsetzungen

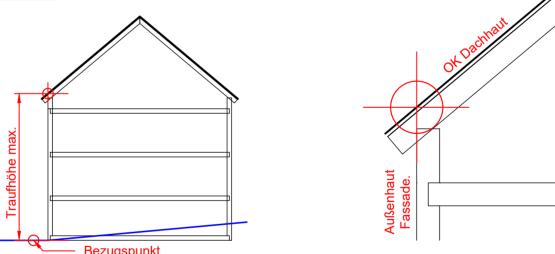
Beispieldarstellung für Bereiche mit Bezugspunkt 1

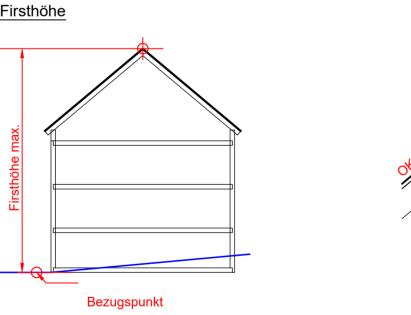


Beispieldarstellung für Bereiche mit Bezugspunkt 2



<u>Traufhöhe</u>





# G Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBI. I S. 3634)

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) in der Fassung vom 29.07.2009 (BGBl. I, S. 2542), zuletzt durch Artikel 8 des Gesetzes vom 13.05.2019 (BGBI. I S. 706)

in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBI. I, S. 3786) Planzeichenverordnung (PlanZV) vom 18.12.1990 (BGBI. I 1991, S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBI. I S. 1057)

Wasserhaushaltsgesetz (WHG) in der Fassung vom 31.07.2009 (BGBl. I S. 2585), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 04.12.2018 (BGBl. I S. 2254)

Hessische Gemeindeordnung (HGO) in der Fassung vom 07.03.2005 (GVBI. I, S. 142), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Kulturdenkmals nach § 2 Abs. 1 bzw. Abs. 3 Hessisches Denkmalschutzgesetz befindet, Gesetzes vom 30.10.2019 (GVBI. S. 310)

Hessische Bauordnung (HBO)

Baunutzungsverordnung (BauNVO)

vom 28.05.2018 (GVBI. S. 198)

Hessisches Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz (HAGBNatSchG) in der Fassung vom 20.12.2010 (GVBI. I, S. 629, 2011 I S. 43), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 28.05.2018 (GVBI. S. 184)

Hessisches Wassergesetz (HWG) in der Fassung vom 14.12.2010 (GVBI. I, S. 548), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 22.08.2018 (GVBI. S. 366)

Hessisches Denkmalschutzgesetz (HDSchG)

vom 28.11.2016 (GVBI. 2016, 211 ff.)

## Verfahrensübersich

Die Plangrundlage bezüglich der Grenzen und Bezeichnungen der Flurstücke stimmt mit dem Nachweis des Liegenschaftskatasters mit Stand vom September 2016 überein. Bearbeitung der vorliegenden Planfassung gez. Kohmann Fachbereich Umwelt und Planung, Bereich Stadtplanung

Fachbereichsleiter

Stadtrat

gez. Kraft

Stadtrat

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Aufstellung des Bebauungsplanes am Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses gemäß § 2 Abs. 1 BauGB in

Rüsselsheimer Echo und Mainspitze am 12.10.2016. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main gez. Kraft Rüsselsheim am Main, den 07.02.2020

Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1

Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger

öffentlicher Belange gem. § 4 Abs. 1 BauGB vom **18.12.2017** bis **31.01.2018**. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung der Beteiligung der

Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur Auslegungsfassung am 16.05.2019.

Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange in der Main Spitze und im Rüsselsheimer Echo

Durchführung der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange zur öffentlichen Auslegung gem. § 4 Abs. 2 BauGB vom 03.06. bis 05.07.2019.

Benachrichtigung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange von der

Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB am 17.05.2019. Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main Rüsselsheim am Main, den 07.02.2020

Main-Spitze am **11.12.2017**.

Auslegung am 16.05.2019.

Beteiligung der Öffentlichkeit

Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung der frühzeitigen Beteiligung der Öffentlichkeit gem. § 3 Abs. 1 BauGB am 23.11.2017.

Bekanntmachung über die frühzeitige Beteiligung im Rüsselsheimer Echo und der

Öffentliche Darlegung der Ziele und Zwecke der Planung und Anhörung gem. § 3 Abs. 1 BauGB in Form einer Bürgerversammlung am 24.01.2018 sowie durch Planauslegung vom 18.12.2017 bis 31.01.2018. Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Durchführung der öffentlichen

Bekanntmachung der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB in der Main Spitze und im Rüsselsheimer Echo am 24.05.2019. Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit /öffentliche Auslegung des

Bebauungsplan- Änderungsentwurfs mit Begründung gem. § 3 Abs. 2 BauGB im Fachbereich Umwelt und Planung, Bereich Stadtplanung, in der Zeit vom 03.06. bis

Rüsselsheim am Main, den 07.02.2020

Als Satzung beschlossen gem. § 10 BauGB von der Stadtverordnetenversammlung

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

gez. Bausch Rüsselsheim am Main, den 12.02.2020 Oberbürgermeister Die Übereinstimmung dieser Planausfertigung mit dem von der Stadtverordnetenversammlung am **12.12.2019** beschlossenen Bebauungsplanverfahren Nr.71 "Innenstadt

Nord, Schäfergasse" bestehend aus der Planzeichnung, der Legende zur Planzeichnung

und den textlichen Festsetzungen wird bestätigt. Das Bebauungsplanverfahren wurde nach den gesetzlichen Bestimmungen durchgeführt. Der Bebauungsplan wird hiermit Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main

Rüsselsheim am Main, den 12.02.2020 Oberbürgermeister Bekanntmachung des Satzungsbeschlusses und der Bereithaltung zur Einsichtnahme

gemäß § 10 Abs. 3 BauGB in Rüsselsheimer Echo und Main-Spitze am 20.02.2020 Rechtsverbindlich am 20.02.2020

Der Magistrat der Stadt Rüsselsheim am Main Rüsselsheim am Main, den 20.02.2020

gez. Bausch

gez. Kohmann

Fachbereichsleitung

STADT RÜSSELSHEIM

am main

**BEBAUUNGSPLAN NR. 71** "INNENSTADT NORD, SCHÄFERGASSE"

RECHTSPLAN

PLAN-Nr. 2 M. 1 : 500 AZ. S 689/16 S689 / Zeichnung / Anzeige / Rechtsplan S689 Rechtsplan 03 zliche Stellungnahmen Hochwasserrisikogebie

HEDDERNHEIMER 60439 FRANKFURT KIRCHSTRASSE 10 TEL.: 069 / 78 88 28 FAX: 069 / 7 89 62 46